

Bitte Sperrfrist beachten: Mittwoch, 11. Februar 2026, 19.00 Uhr!

Es gilt das gesprochene Wort!

**„Forum Demokratie“
der Evangelischen Akademie Tutzing**

**Begrüßung
Pfarrer Udo Hahn, Akademiedirektor**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „Forum Demokratie“ der Evangelischen Akademie Tutzing heiße ich Sie alle herzlich willkommen! Ein besonders herzlicher Willkommensgruß gilt der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, und der Historikerin und Friedensnobelpreisträgerin Dr. Irina Scherbakowa. Mit diesem Gruß verbinde ich den Dank, dass Sie, liebe Frau Aigner, die Schirmherrschaft über unser neues Veranstaltungsangebot übernommen haben und Sie, liebe Frau Dr. Scherbakowa heute die Keynote halten werden.

Gestatten Sie mir bitte, einige Gäste namentlich zu begrüßen...

Seien Sie alle herzlich willkommen zu dieser Premiere!

Die Demokratie in Deutschland, in Europa und weltweit steht vor großen Herausforderungen. Das Vertrauen in Institutionen und Prozesse schwindet. Und was wir lange entschieden bekämpften und auch überwunden glaubten, wächst: völkischer Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Wie können sich Demokratie und Freiheit behaupten? Diese und viele weitere Fragen stellen sich im Lichte der skizzierten Entwicklung in wachsendem Maße und in diesem Jahr in besonderer Weise – im Blick auf Kommunal- und Landtagswahlen.

Demokratie und Freiheit fördern – das waren die Leitmotive der Vordenkerinnen und Vordenker der Idee, Evangelische Akademien zu gründen. Sie entwickelten diesen programmatischen Ansatz in der Zeit der Diktatur des Nationalsozialismus und setzten ihn unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs um. Entstanden sind Lernorte und Lebensschulen der Demokratie. Hier werden gesellschaftliche Probleme bearbeitet, zivilgesellschaftliche Akteure vernetzt. Akademien stehen für die öffentliche Verantwortung der Kirche. In Zeiten polarisierter Diskurse sind sie Orte demokratischer Streitkultur, des ehrlichen Gesprächs und der Verständigung. Hier wird christliche Freiheit sichtbar, wie sie unser Landesbischof Christian Kopp definiert: „Christliche Freiheit heißt, in Beziehung zu leben, nicht in Angst – und täglich für Wahrheit, Dialog und Demokratie einzutreten.“

Demokratie, Freiheit und Zivilgesellschaft stärken – aus dieser DNA entwickelt die Evangelische Akademie Tutzing seit bald achtzig Jahren ihre Aktivitäten. Mit unserem „Forum Demokratie“ schaffen wir jetzt ein Format, in dem wir entsprechende Themenangebote besonders hervorheben: Tagungen, moderierte Abendgespräche, aber auch Online-Veranstaltungen und digitale Formate wie unseren Podcast. Wir unterstützen mit unseren Aktivitäten aktuell die Initiative der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

„Unser starkes Kreuz für Demokratie“ zur Kommunalwahl in Bayern. Und wir unterstützen im Verbund der Evangelischen Akademien in Deutschland alle Initiativen der evangelischen Kirche bundesweit, Demokratie zu stärken.

So sehr die Stärkung der Demokratie von Beginn an Evangelische Akademiearbeit prägte, so gilt für die evangelische Kirche als Ganze, dass sie die Demokratie als Staatsform erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1985 explizit würdigte: in einer Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Titel „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“.

Aus diesem Angebot erwächst die Aufgabe für alle Menschen guten Willens, sich zu engagieren, dass wir auch in Zukunft in einem Land leben, in dem Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit – um nur drei Stichworte zu nennen – Leitprinzipien bleiben.

Wir erleben in der historischen Entwicklung der letzten dreißig, vierzig Jahre, dass nach einer Ausbreitung der liberalen Demokratie genau diese Staatsform weltweit auf dem Rückzug ist. Ich spreche von liberaler Demokratie und halte es mit Bundespräsident Frank Walter Steinmeier. Eine Demokratie ist entweder liberal – oder sie ist keine Demokratie. Illiberale Demokratien sind eigentlich Autokratien, in denen die Herrschenden zwar Wahlen durchführen, aber selbst bestimmen, wer zur Wahl stehen darf und wer nicht. Die die Unabhängigkeit der Justiz einschränken, die freien Medien und die Zivilgesellschaft. Dies alles widerspricht klar dem Prinzip einer liberalen Demokratie.

Blicken wir auf die Entwicklung des 20. Jahrhunderts zurück. Mit der Weimarer Republik gab es schon einmal eine Demokratie in Deutschland. Ihr Scheitern wird verkürzt meist so erklärt: Es war eine Demokratie ohne Demokraten (und Demokratten). Hinzu kommen natürlich weitere Aspekte, etwa die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise und dem Ersten Weltkrieg. – Aber ganz offensichtlich fehlte es am Bewusstsein und der Wertschätzung für die Möglichkeiten, die die Demokratie bietet: ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit mit gesetzlich garantierten Rechten und Pflichten führen zu können. Und es war eine Demokratie, in der die Kirchen in der Weimarer Republik nicht erkannten, was bei einem Scheitern auf dem Spiel steht. Dass die Kirchen ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen nicht gerecht wurden, gehört zur historischen Wahrheit dazu. Und auch, dass sie die verheerende Kraft des Nationalsozialismus unterschätzten und warnende Stimmen wie die eines Dietrich Bonhoeffer ignorierten.

Nach dem Ende der Diktatur des Nationalsozialismus hat die evangelische Kirche an vielen Stellen neu angesetzt. Sie hat Innovationen hervorgebracht wie den Kirchentag und Evangelische Akademien – als Orte des freien Diskurses, an denen sich die unterschiedlichen Kräfte der Zivil- und Bürgergesellschaft begegnen können und Lösungen oder Teillösungen diskutieren, entwickeln und ausprobieren.

Zu einer Neubestimmung kam es schließlich auch im Verhältnis der evangelischen Kirche zur freiheitlichen Demokratie – zum Staat des Grundgesetzes. Und hier setzt die Denkschrift der EKD von 1985 einen Maßstab. Die Zustimmung der evangelischen Kirche zur Demokratie schließt die Überzeugung ein, dass die politische Ordnung „verbesserungsfähig und verbesserungswürdig“ ist. Demokratie im evangelischen Verständnis heißt mit den Worten der Denkschrift: „Als evangelische Christen stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet. Den demokratischen Staat begreifen wir als Angebot und Aufgabe für die politische Verantwortung aller Bürger und so auch für evangelische Christen.“

Die Wertschätzung der Demokratie ist darin begründet, dass zu ihren Grundelementen die Achtung der Würde des Menschen sowie die Anerkennung der Freiheit und der Gleichheit gehören, aus denen das Gebot politischer und sozialer Gerechtigkeit folgt. Wie der demokratische Staat seinen Auftrag wahrnimmt, darin ist eine Nähe zum jüdisch-christlichen Menschenbild erkennbar. „Nur eine demokratische Verfassung kann heute der Menschenwürde entsprechen“, heißt es in der Denkschrift.

Zu den Vorzügen der Demokratie rechnet die Denkschrift auch die Toleranz als ein „grundlegendes Strukturmerkmal“. Ausdrücklich gewürdigt werden u.a. das Rechtsstaatsprinzip, die Grundrechte und die Gewaltenteilung. Zusammenfassend heißt es: „Keine heute bekannte Staatsform bietet eine bessere Gewähr, die gestellten Probleme zu lösen, als die freiheitliche Demokratie.“

In den Stellungnahmen der evangelischen Kirche seither und auch in denen, die im ökumenischen Kontext entstanden sind, ist das Bewusstsein für den Wert der Demokratie weiter gewachsen. Das politische Engagement der Kirchen bleibt eine verpflichtende Aufgabe. Es ist geprägt von dem Willen, aus den Irrtümern unserer Geschichte zu lernen. Dieser Lernprozess hört nie auf – und nie darf man sich zufrieden zurücklehnen. Der Rechtsextremismus lauert nur auf seine Gelegenheit. Unsere Demokratie ist bislang stabil und wehrhaft. Das soll und muss auch so bleiben.

In diesem Zusammenhang ist die Zivilgesellschaft ein unverzichtbares Element und zugleich auch Instrument. Sie markiert etwas Eigenständiges, was es in der NS-Diktatur nicht gab, weil die NSDAP das politische, kulturelle und gesellschaftliche Leben dominierte. Der Erfolg unserer Demokratie ist untrennbar mit den Aktivitäten der Zivilgesellschaft verbunden.

Apropos Zivilgesellschaft. Die Entwicklung der letzten dreißig, vierzig Jahre hat in allen Demokratien gezeigt, wie wichtig eine aktive Zivilgesellschaft ist. Das gilt u.a. auch für Russland. Wo aber Zivilgesellschaft bekämpft, eingeschränkt oder gar kriminalisiert wird, entwickeln sich Autokratien, in denen Grundrechte verletzt werden. Russland hat diesen Weg eingeschlagen. Umso größere Anerkennung verdient der Mut und das Engagement von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Dr. Irina Scherbakowa – Germanistin, Kulturwissenschaftlerin, Historikerin und Bürgerrechtlerin: und Mitgründerin der unabhängigen Menschenrechtsorganisation Memorial. Ihr Lebensthema: die Bedeutung der Erinnerungskultur. „Erinnern für die Zukunft“ – unter dieser programmativen Überschrift hat Irina Scherbakowa bei ihrem letzten Aufenthalt bei uns im September 2022 gesprochen. Überhaupt besteht eine bereits Jahrzehnte währende Verbindung zwischen ihr und der Evangelischen Akademie Tutzing. Ihr erster Aufenthalt in Deutschland im Jahre 1989 führte sie direkt in unsere Akademie.

Die Bedeutung der Erinnerungskultur für die Entwicklung eines Landes kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Erinnerungskultur ist essenziell und auch existenziell für eine lebendige Demokratie, da sie aus vergangenem Geschehen die Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft ableitet, Unrecht aufarbeitet und Gerechtigkeit für die Opfer sucht. Sie fördert die Demokratiebildung, stärkt den Zusammenhalt und wirkt als Schutz gegen Extremismus.

Wo die Erinnerungskultur – wie in Russland und seit geraumer Zeit auch in Deutschland – immer wieder diskreditiert wird, ist die Demokratie gefährdet. Umso wichtiger der unermüdliche Einsatz von Persönlichkeiten wie Irina Scherbakowa. Ihren großen Mut, die

Stimme zu erheben für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie wollen wir heute mit dem „Tutzinger Löwen“ ehren.

Jetzt freuen wir uns auf das Grußwort von Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Ihr Funktion bildet eine Säule parlamentarischer Demokratie. Und in ihrem Amt ist sie eine profilierte Verteidigerin unserer demokratischen Grundordnung. Noch einmal herzlich willkommen – wir freuen uns auf Ihr Grußwort!